

Delegation für die Beziehungen zu den
Vereinigten Staaten
- Der Vorsitzende -

Elmar BROK
Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige
Angelegenheiten, Sicherheits- und
Verteidigungspolitik
Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 BRÜSSEL

Betrifft: 60. Interparlamentarisches Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Kongress der Vereinigten Staaten und Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber (TLD) vom 1. bis 4. Dezember 2005 in London

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Anlage übersende ich Ihnen den Bericht über das 60. Interparlamentarische Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Kongress der Vereinigten Staaten und den Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber (TLD), die vom 1. bis 4. Dezember 2005 in London stattfanden.

Weitere Informationen werde ich Ihnen auf Anfrage gern übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Jonathan Evans

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

Bericht über den
Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber
60. Interparlamentarisches Treffen EP/US-Kongress
1. – 4. Dezember 2005
London

Im Rahmen des regelmäßigen parlamentarischen Austauschs mit dem Repräsentantenhaus fand vom 1. bis 4. Dezember im London ein Treffen statt. Am Nachmittag des 2. Dezember nahm die Delegation an einem speziellen TLC-Workshop zu den Beziehungen mit China teil, der in Zusammenarbeit mit den EP-Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten bzw. für internationalen Handel organisiert wurde.

Die Kommission unterstützte die Delegation durch umfangreiche Einweisungen in mündlicher und schriftlicher Form.

1. SITZUNG – 2. DEZEMBER – 9.00-12.30

Den Vorsitz der Sitzung führten Jonathan EVANS, MdEP, Vorsitzender der EP-Delegation, und Darrell ISSA, amtierender Vorsitzender der TLD-Delegation der USA.

Die beiden Ko-Vorsitzenden unterrichteten die Teilnehmer, dass Jo-Ann DAVIS, Vorsitzende der TLD-Delegation der USA, aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend sein konnte, und übermittelten ihr auf diesem Wege die besten Wünsche für eine baldige Genesung.

Die EP-Delegation legte ihren Standpunkt zu **Entwicklungen in Europa (einschließlich verfassungsrechtlicher Fragen nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden)** dar. Es wurde betont, dass der Verfassungsvertrag rechtlich ein Hybrid sei – teils Verfassung, teils Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse der Volksabstimmungen seien ein Signal an die politische Klasse gewesen, ein Verweis auf deren „Mangel an Glaubwürdigkeit“. Andere Faktoren hätten bei der Bildung der öffentlichen Meinung eine wichtige Rolle gespielt, so etwa die Aussicht auf einen Beitritt der Türkei und die Sorge um die Aufnahmekapazitäten der EU.

Kriege und Diktaturen seien aus der Europäischen Union seit deren Gründung verbannt, aber die jüngere Generation sei nicht in der Lage, diese Errungenschaften angemessen zu würdigen. Die Zukunft sei nicht so düster wie gern dargestellt: 14 Mitgliedstaaten hätten den Vertrag ratifiziert, und ab 20 Ratifizierungen könne man über künftige Initiativen entscheiden.

Aktuelle Ereignisse hätten deutlich gemacht, dass es notwendig sei, die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten klarer zu definieren, um die Befürchtungen zu zerstreuen, es könne ein „europäischer Superstaat“ entstehen. Die Kontrolle durch die nationalen Parlamente sollte verbessert werden; jüngste Herausforderungen in puncto Sicherheit hätten allerdings gezeigt, dass Initiativen wie beispielsweise die ESVP fortgeführt werden sollten, und zwar in enger Abstimmung mit der NATO. Wenn Europa eine Rolle auf diesem Gebiet spielen wollte, dann einzig und allein im Rahmen der EU. Der Balkan und der Nahe Osten seien die naheliegendsten Regionen, in denen die EU aktiver auftreten könne.

Die ESVP würde sich nicht auf die Souveränität der Mitgliedstaaten auswirken (eingeschlossen deren Recht, einen Krieg zu erklären). Ferner hätten einige Mitgliedstaaten die klare Auffassung, dass ihre Souveränität durch die Zugehörigkeit zur EU nicht bedroht, sondern verstärkt werde. Die Nein-Stimmen seien keineswegs nur von Euroskeptikern abgegeben worden, aber der Text der Vertrags könne vermutlich besser formuliert sein. Wie immer liege „der Teufel im Detail“.

Die USA sollten sorgfältig über die Notwendigkeit nachdenken, in Europa einen starken, politisch integrierten Partner zu haben. Präsident Bush habe diese Notwendigkeit bei seinem Besuch im Februar eindeutig betont, vor allem mit Blick auf die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus. In diesem Zusammenhang müsse man auch unterstreichen, dass die jüngsten Unruhen in Frankreich soziale Ursachen hatten und nicht mit Terrorismus verwechselt werden sollten.

Einige politische Kräfte, die im Europäischen Parlament (wie auch in der EP-Delegation) vertreten seien, wären der Meinung, dass die Ergebnisse der Volksabstimmungen eindeutig zeigten, dass die Menschen keine „Vereinigten Staaten von Europa“ wollten. Es sei ein Alarmsignal für Politiker und für Brüssel gewesen. Die Union sollte sich wieder auf ihre ursprüngliche Funktion mit dem Schwerpunkt auf Handel und Wirtschaft besinnen.

Für *die US-Seite* haben die jüngsten Entwicklungen in Europa wichtige Fragen aufgeworfen, insbesondere zur Kluft zwischen den Eliten und den Massen (darunter Fragen im Zusammenhang mit der Integration ethnischer und religiöser Minderheiten) und zu den Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, ihre Verteidigung unabhängig zu organisieren (und gegebenenfalls sogar Krieg zu führen).

Zur **Lage im Nahen Osten, Irak, Iran und auf dem Balkan:**

a) Naher Osten

Die *europäische Seite* beharrte darauf, dass die „Roadmap“ nach wie vor die Leitgrundsätze für die Wiederbelebung des Friedensprozesses verkörpere. Die Räumung von Gaza und die Öffnung des Grenzübergangs Rafah seien ein Erfolg gewesen, und die wirtschaftliche Entwicklung sei eine Voraussetzung für Fortschritte. Die Rolle des „Quartetts“ bei der Suche nach einer Lösung sollte stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Ein Sieg von Hamas bei den Parlamentswahlen wäre ein ernstes Problem, aber die Rechtsstaatlichkeit müsse gewahrt bleiben, und es müssten Garantien zum Kampf gegen Terrorismus gegeben werden.

Die *US-amerikanischen Seite* unterstrich, dass es wesentlich auf die Wortwahl ankomme: Politisch sei eine „Räumung“ akzeptabel, während ein „Rückzug“ nur weitere Aggressionen schüren würde. Das gelte auch für die Intervention der USA und ihrer Verbündeten im Irak.

Die USA und die EU hätten die gleichen Ziele für den Friedensprozess, nämlich eine Zweistaatenlösung, und sowohl die israelische als auch die palästinensische Seite sollten in diesem Sinne Zugeständnisse machen.

b) Irak

Die *Delegation der USA* äußerte, dass das Hauptziel darin bestehe, die Region in einer stabilen Lage zu verlassen: Dies bedeute einen entscheidenden Erfolg bei der Terrorismusbekämpfung, aber auch die Möglichkeit, „ehrvoll abziehen“ zu können. Es gebe Fortschritte in der innenpolitischen Situation Iraks, und es sei „eine gewisse Demokratie“ errichtet worden. Ein vorzeitiger Abzug hätte schlimme Folgen, wie dies im Libanon der Fall gewesen sei.

Die *EP-Delegation* war der Auffassung, dass die Alternative nicht darin bestehe, „für immer dort zu bleiben“ oder „morgen zu gehen“. Vielmehr müsse eine klare Agenda für die „Verlegung“ der Truppen auf den Tisch kommen.

Die „beunruhigenden Nachrichten“ über von der CIA durchgeführte Flüge und in der EU unterhaltene Gefängnisse kamen ebenfalls zur Sprache: Sollten sich diese Nachrichten bestätigen, könnte dies eine schwere Krise (sowie ernste Folgen in der öffentlichen Meinung in Europa) nach sich ziehen.

c) Iran

Die *europäische Delegation* betonte, wie wichtig bei diesem Thema, das für den gesamten Raum weitreichende Bedeutung besitze, eine Zusammenarbeit mit den USA sei. Es bestehe zwar generell Einigkeit zur Strategie, aber ein stärkeres Engagement der USA sei vonnöten.

Einen Iran im Besitz von Atomwaffen zu vermeiden, sei ein gemeinsames Anliegen, und es sollten „strenge und gründliche Kontrollen“ angewandt werden.

Die *Delegation der USA* vertrat ebenfalls die Meinung, dass Iran jetzt das Hauptproblem sei; das Land stelle die größte Bedrohung für den Weltfrieden dar, doch „alles Geld werde für den Irak ausgegeben“; die EU3-Verhandlungen seien ein positiver Ansatz, jedoch sei unklar, wie verfahren werden solle, falls die Verhandlungen scheiterten.

Der Westen hätte mit einem „trügerischen Gefühl der Unverwundbarkeit“ gelebt, aber nach den Terroranschlägen in den USA und Europa wäre die Lage nun völlig anders.

d) Balkan

Die *Delegation der USA* hob hervor, dass der Kosovo zwar seit 1999 „aus dem Blickfeld geraten“ sei, sich aber durch die Ereignisse des letzten Jahres wieder in Erinnerung gebracht habe. Es sei jetzt an der Zeit, einen unabhängigen Kosovo ins Auge zu fassen; die politischen Entscheidungsträger müssten jetzt „Klartext“ reden, und insbesondere die serbische Öffentlichkeit müsse begreifen, dass „sie den Kosovo verloren“ habe. Außerdem sei es wichtig, Serbien vollständig international zu integrieren.

Die *europäische Delegation* stimmte zu, dass auf lange Sicht die Unabhängigkeit die realistischste Lösung sei; es sei jedoch ein gefährlicher Präzedenzfall und bedeute die Aufgabe

des in Dayton konzipierten Systems. Man müssen auch einen gewissen Schutz für die Serben im Kosovo garantieren, ebenso eine gewisse „kulturelle Autorität“ über deren Erbe. Serbien sollte nicht am Ende als „völliger Verlierer“ dastehen.

Zur **Zusammenarbeit bei der Vorbeugung gegen Katastrophen, der Hilfe im Katastrophenfall und in anderen Umweltfragen:**

Die *Delegation der USA* machte einleitende Ausführungen zum Thema und legte das Hauptaugenmerk auf die Notwendigkeit, die Reaktion sowohl bei Naturkatastrophen (Wirbelstürme, Erdbeben, Flutwellen) als auch bei Krankheiten wie AIDS, Malaria und Vogelgrippe besser zu koordinieren. Paradoxerweise erfolge die Reaktion bei unvorhersehbaren Katastrophen in der Regel sofort, während sie bei „absehbaren Katastrophen“ wie etwa AIDS viel langsamer abzulaufen scheine.

Bei Katrina sei die Verteilung der Hilfe der größte Schwachpunkt gewesen, und vielleicht hätte man mit einer allein zuständigen Behörde die Fehler der FEMA (Federal Emergency Management Administration) vermieden.

Die Koordinierung von Maßnahmen von EU und USA in diesem Bereich könnte sinnvollerweise auf der nächsten TLD-Sitzung beraten werden.

Die *EP-Delegation* stimmte zu, dass Koordinierung notwendig sei, vor allem, um Doppelaufwand zu vermeiden (wie bei der Tsunami-Flutwelle), und dass der Aufbau von Kapazitäten für die Krisenreaktion ein Schwerpunkt sei.

Die daran beteiligten privaten Organisationen auf beiden Seiten des Atlantik hätten einen unterschiedlichen Charakter (NRO in der EU, Unternehmen hingegen in den USA). Zudem könne man die weltweite Armut als „stummen Tsunami“ ansehen, und Krankheiten wie Malaria ließen sich ausrotten, wenn genügend finanzielle Mittel aufgebracht würden.

Beide Delegationen sollten Wege finden, um praktische Vorschläge zu diesem Thema zu vereinbaren, die dann an das Gipfeltreffen EU-USA weitergeleitet würden.

WORKSHOP ZU DEN BEZIEHUNGEN MIT CHINA (2. DEZEMBER, 14.30-18.30 Uhr)

Am Nachmittag des 2. Dezember fand ein spezieller TLD-Workshop zu den Beziehungen mit China statt (vgl. vorläufige Tagesordnung in der Anlage), und zwar in zwei Sitzungen:

a) *China im Aufstieg: Herausforderungen und Chancen im politischen Bereich*

Seitens des Europäischen Parlaments leitete Elmar Brok, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Europäisches Parlament, die Sitzung, auf der vier Vortragsredner auftraten:

- Pierre Defraigne, Direktor des IFRI (Institut Français des Relations Internationales), der hervorhob, dass die EU und die USA eine „strategische Partnerschaft“ im Umgang mit China

errichten müssten. China erweise sich einerseits ganz klar als „größter Neueinsteiger“ und „globaler Akteur der Zukunft“, stehe aber andererseits innenpolitisch vor ernststen Problemen bei Demokratie und Menschenrechten: Die USA und die EU sollten in Bezug auf diese Frage die zwei Fallstricke der „Großspurigkeit“ und des „Messens mit zweierlei Maß“ vermeiden. Die Botschaft an China müsse auch unter dem Aspekt der Problematik Waffenembargo/Verhaltenskodex lauten, dass die Stabilität in der Region das Hauptkriterium sei.

Oberstes Anliegen sei es, „China auf friedlichem Wege zu integrieren“.

- Dr. Steve Tsang, Direktor des Taiwan-Studienprogramms am St. Antony's College, Universität Oxford, widmete sich vor allem dem „friedlichen Aufstieg“ Chinas in die Machtpolitik, in dessen Verlauf es sich mit der Armut auseinandersetzen müsse, in dem aber auch sein Streben nach Stabilität und Ordnung zum Ausdruck komme; seine Außen- und Sicherheitspolitik bestehe darin, „den Hauptfeind auszumachen“ und auszuschalten, bis „nur noch Freunde übrig sind“. Für die chinesische Außenpolitik bestehe der größte Widerspruch darin, dass Taiwan existiere. Sollte das chinesische System weiterhin effektiv funktionieren, werde es mit den USA konkurrieren können, und in diesem Moment werde China „seinen Platz behaupten“.

Beim Waffenembargo sollten die EU und die USA ein klares Signal an die Chinesen aussenden: Wichtigstes Ziel sollte es sein, China im Zuge der Anhebung des Lebensstandards „bei der Demokratisierung zu helfen“.

- Dr. Stanley Crossick, Direktor des European Policy Center, wies darauf hin, dass China, wenn man es als Feind behandelte, letztlich zu einem werde. Außerdem sei unsere übliche Annahme, dass wirtschaftliche Liberalisierung automatisch zu politischer Liberalisierung führe, vermutlich nicht zutreffend. Die beste Vorgehensweise bei China sei es, den Schwerpunkt auf die Rechtsstaatlichkeit zu legen und bei damit verbundenen Fragen Druck auszuüben. Außerdem hielt Dr. Crossick die Beziehungen zwischen China und Japan für besorgniserregender als das Taiwan-Problem. Für den Aufbau einer „strategischen Partnerschaft“ mit China wäre es ratsam, nach „Gulliver-Art“ vorzugehen: auf der Grundlage einer gemeinsamen Initiative von EU und USA ein Netz aus Kontakten auf allen gesellschaftlichen Ebenen zwischen dem Westen und China zu flechten. Andernfalls könnten die transatlantischen Beziehungen Schaden erleiden.

- Aidan Foster-Carter, Senior Research Fellow an der Universität Leeds, sprach zum Thema Nordkorea, dem „Schurkenstaat Nr. 1 in der Welt“. Hier ließe nicht nur der Westen ein einheitliches Auftreten vermissen, sondern „sogar die USA zeigten sich nicht geschlossen“. Zudem hätten Nordkoreas Nachbarn andere Vorstellungen, wie etwa die „Sonnenscheinpolitik“ von Südkorea zeige, die auf eine „Sozialisierung“ Nordkoreas ziele.

Nach seiner Auffassung seien die Sechs-Parteien-Gespräche ein Feigenblatt, damit unsere führenden Politiker behaupten könnten, „es wird etwas getan“, doch man müsse vielmehr kreativere Initiativen (beispielsweise KEDO) ergreifen.

Die EU und die USA hätten keinen Krisenplan, aber es könnten sehr schnell ernste Probleme auftauchen (auch in Verbindung mit der Nachfolge von Kim Jong-Il). Die Sechs-Parteien-Gespräche sollten genutzt werden, um möglichst eine dauerhafte Sicherheitsarchitektur zu schaffen.

Die EP-Delegation analysierte die Auswirkungen der gleichzeitigen Anwendung des Verhaltenskodex für den Waffenexport und des Waffenembargos. Sie verwies nachdrücklich darauf, dass das Waffenembargo bestehen bleiben sollte, bis der Verhaltenskodex gefestigt und rechtsverbindlich geworden sei, und dass es darauf ankäme, China nicht das falsche Signal zu geben; die Menschenrechte würden in China nicht ausreichend geachtet, aber China sollte als globaler Akteur integriert werden. Der entscheidende Moment sei gekommen, wenn China den „letzten Schritt“ in Richtung Demokratie mache. Die Notwendigkeit einer angemessenen Unterstützung von Taiwan wurde ebenfalls erwähnt.

Die Delegation der USA vertrat den Standpunkt, dass im Falle einer Spaltung von USA und EU China sich dies „zunutze machen“ würde; es gelte, eine gemeinsame Vorgehensweise gegenüber China zu finden und auch die technologische Überlegenheit zu wahren. Die EU sollte die Sorgen der USA angesichts der Wechselkurspolitik Chinas teilen.

Wirtschaftschancen, Handel und die Nutzung des Internets seien maßgebend, um China für äußere Einflüsse zu öffnen und die Demokratisierung zu fördern.

China sollte außerdem dazu gebracht werden, mit Nordkorea eine „Shuttle-Diplomatie“ zu betreiben.

b) Herausforderungen und Chancen in Verbindung mit Chinas Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht

Seitens des Europäischen Parlaments leitete Enrique Baron Crespo, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, die Sitzung, auf der zwei Vortragsredner auftraten:

- Prof. Leyla Fernandez-Stembridge von der Universidad Autonoma Madrid erläuterte die Ergebnisse ihrer Studie, die im Rahmen des „Handelsprojekts EU/China“ durchgeführt wurde: Wie sich gezeigt habe, sei der Integrationsgrad Chinas in die Weltwirtschaft dreimal höher als der seiner wichtigsten Partner. Sein Anteil am weltweiten BIP sei viel schneller gewachsen, und sowohl die EU als auch die USA würden ihre Wirtschaftspräsenz in China zügig verstärken.

Als sensible Bereiche nannte sie folgende: geistiges Eigentum, öffentliches Auftragswesen, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, Antidumping. Sie hielt die Vorgehensweise der USA im Handelsbereich zwar für zu aggressiv, wies aber darauf hin, dass eine Aufwertung des Yuan erreicht worden sei. Die USA sollten sich außerdem für die Entwicklung eines Projekts „USA/China“ engagieren.

- Prof. Willem Van der Geest vom European Institute of Asian Studies in Brüssel widmete sich in seiner Einführung einem makroökonomischen Vergleich des Wachstums in der EU, den USA, China und Indien. Er stellte insbesondere fest, dass das doppelte Defizit der USA unhaltbar wäre, während es der EU gelungen sei, eine gewisse Ausgewogenheit zu bewahren. Es sei taktisch schwierig, einen gemeinsamen Ansatz von EU und USA bei diesen Bereichen zu planen, da man den Eindruck einer „Verschwörung gegen China“ vermeiden müsse.

Die EU sollten gegenüber China „nachdrücklicher auftreten“, vor allem bei sozialen und ökologischen Belangen; bei den Menschenrechten sollte sie vermeiden, dass der Eindruck entsteht, sie messe im Vergleich etwa zu Pakistan oder Vietnam mit „zweierlei Maß“.

Die europäische Seite befasste sich vorrangig mit Fragen in Verbindung mit der WTO, insbesondere mit den Folgen von Freihandelszonen in Asien und von Beschränkungen chinesischer Textilexporte; sie widmete sich ferner den Konsequenzen eines anhaltend hohen Entwicklungstempos in China, vor allem beim Energieverbrauch.

Derzeit werde in China ein Rechtsrahmen eingeführt, z. B. für ein neues Wettbewerbsrecht und eine nationale Wettbewerbsbehörde, und man sollte die Erfahrungen der EU auf diesem Gebiet nutzen.

Die US-amerikanische Seite erklärte, ein Hauptproblem sei die mangelnde Einhaltung der WTO-Vorschriften durch China: tarifäre Hemmnisse im Warenverkehr, allgemein das Fehlen von Transparenz (vor allem aber im Finanzsektor), außerdem sei es fast unmöglich, Fragen der geistigen Eigentumsrechte auf dem Verhandlungswege auszuräumen. Aufgrund dieser strukturbedingten Mängel sei Chinas Wirtschaft „nicht so stark wie es scheint“. Es komme darauf an, beim Umgang mit China eine Strategie zu entwickeln, die für „beide Seiten nutzbringend“ sei.

2. SITZUNG – 3. DEZEMBER- 9.00-12.30

In Bezug auf die **Vorbereitungen auf die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong** war *die EP-Seite* der Meinung, dass „die WTO Opfer des eigenen Erfolgs“ und der Handlungsspielraum stark eingeschränkt sei. Die EU und die USA würden an Boden verlieren, weil sie sich zu sehr auf die Landwirtschaft konzentrierten: Die EU habe eine umfassende Reform durchgeführt und die USA hätten einen kühnen Vorschlag unterbreitet, aber die Praxis sehe anders aus. Andere Probleme sollten nicht in Vergessenheit geraten: Entwicklung, Handelserleichterung, die „Singapur-Themen“, KMU, geistiges Eigentum. Die Präferenzabkommen der EU seien Teil ihrer Geschichte, aber die USA würden jetzt verstärkt Freihandelsabkommen in mehreren Regionen abschließen, darunter in Europa. Der US-Kongress sollte eine starke Delegation nach Hongkong entsenden und sich mit anderen abstimmen.

Die amerikanische Seite vertrat den Standpunkt, dass bei den die Landwirtschaft betreffenden Fragen zwischen den USA und der EU ein „Mangel an Kommunikation“ herrsche. Die bilateralen Abkommen der USA seien ein wichtiger Beitrag zum Abbau von Hemmnissen. Im Agrarsektor gebe es einen „Wettlauf um Null-Protektion“, doch die USA seien zuversichtlich, mit der Qualität ihrer Erzeugnisse im Wettbewerb zu bestehen.

Alles müsse auf den Tisch kommen, und man müsse ein „globales Paket“ ausarbeiten. In diesem Zusammenhang sollten Agrarthemen wie Bananen, Zucker und Baumwolle, aber auch andere Aspekte wie die Etikettierung von chemischen Stoffen und das „Vorsorgeprinzip“ der EU geprüft werden.

Zur **Frage der Sicherheit und der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus (einschließlich Fluggastdatensätze und Visa)** betonte *die EP-Delegation* die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den USA. Die beiden Hauptprobleme seien aus EU-Sicht die Sicherung eines angemessenen Schutzes der individuellen Rechte und die Achtung der Aufteilung von Befugnissen zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten.

Bei den zu prüfenden Themen kämen der Datenvorratsspeicherung (für die momentan ein Richtlinienentwurf vorbereitet werde) und den Fluggastdatensätzen (bei denen davon

auszugehen sei, dass der Gerichtshof die derzeitige Vereinbarung aufhebt) große Bedeutung zu. Der Punkt der „CIA-Geheimgefängnisse“ sei sehr heikel, und es sei durchaus möglich, dass das EP einen Untersuchungsausschuss dazu einsetze. Die Haftbedingungen und der Rechtsstatus der Guantanamo-Häftlinge seien rechtlich fragwürdig, aber auch ein „PR-Debakel“. Der Schlüssel zur erfolgreichen Terrorismusbekämpfung liege im Austausch von Geheimdienstinformationen, aber die bloße Menge an verfügbaren Informationen verursache Probleme.

Die *Delegation des US-Kongresses* ging vorrangig auf Fragen der Wahrnehmung und Definition des Terrorismus ein. Hier „kommt es auf die Wortwahl an“, und Formulierungen wie „islamischer Terrorismus“ sollten vermieden werden. Beim Kampf gegen den Terrorismus komme es darauf an, persönliche Freiheiten und allgemeine Sicherheit gegeneinander abzuwägen: Der „Patriot Act“ sollte vielleicht neu gestaltet werden. Auch wenn Guantanamo natürlich ein „PR-Debakel“ sei, stelle sich die Frage nach den Alternativen. Die Inhaftierung vor Ort wäre vielleicht ein besserer Weg gewesen. Nicht uniformierte Kämpfer müssten, wenn sie einmal gefangen genommen seien, als „illegale Kombattanten“ angesehen werden. Die Terroristen würden die Religion „kapern“. Bei der Bewertung der Gefahren, die mit Profilerstellung und klischeehafter Zuordnung zusammenhängen, müsse man den gesunden Menschenverstand walten lassen.

3. SITZUNG – 4. DEZEMBER – 9.00-11.00

Zum **Stand der Gipfelinitiativen, insbesondere des Regulierungs- und des Finanzdialogs**, war *die europäische Seite* der Auffassung, dass die auf den Gipfeltreffen ergriffenen Wirtschaftsinitiativen einen sehr konstruktiven Ansatz darstellten, wie in der jüngsten OECD-Studie zu den Vorzügen der Liberalisierung der Produktmärkte und des Abbaus von Hemmnissen für den internationalen Handel und Investitionen zwischen der EU und den USA gezeigt wurde, ließe sich der wirtschaftliche Nutzen einer Abschaffung von Schranken in diesem Bereich doch auf 1-3 % des BIP für jeden Partner veranschlagen. Zur Errichtung eines transatlantischen Marktes sei es jedoch erforderlich, ein Verfahren festzulegen, eine „Roadmap“ zu konzipieren und eine Frist zu bestimmen.

Auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen sei der Finanzdialog recht erfolgreich gewesen; es gelte allerdings, Regulierungsstellen „stärker ins öffentliche Leben“ zu rücken, und Probleme wie die Umsetzung des Basel-II-Abkommens, Rückversicherung und Bildschirmhandel bedürften weiterer Aufmerksamkeit.

Die Wirtschaftsinitiative werde auf dem Gipfel im nächsten Jahr in Wien überprüft: Es sei zu hoffen, dass die Errichtung einer Struktur ein praktisches Ergebnis zeitige, wie es in anderen Fällen geschehen sei. Der Transatlantische Dialog der Gesetzgeber könnte genutzt werden, um „zeitgleiche Maßnahmen“ auf diesem Gebiet zu entwickeln.

Die *US-amerikanische Seite* äußerte sich zu den Kosten der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, die von der National Manufacturers' Association der USA auf eine Billiarde Dollar pro Jahr geschätzt würden. „Rationalisierung ist überall anzusetzen“, um die Produktion zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Die amerikanische Seite betonte die Bedeutung der transatlantischen Verzahnung und sprach sich dafür aus, die Zusammenarbeit im Bereich der Regulierungsstandards zu fördern. Das Sarbanes-Oxley-Gesetz werde neu diskutiert

(insbesondere im Rahmen von Kongressanhörungen), und man sollte entsprechende Konsultationen mit der EU durchführen.

Eine Beratung auf der nächsten TLD-Sitzung wäre sehr nützlich, um den Regierungen einen gemeinsamen Standpunkt übermitteln zu können. Bei dieser Gelegenheit sollte externes Fachwissen eingeholt werden.

Zur **Zukunft des TLD** war die *EP-Delegation* der Auffassung, dass der TLD dem Gipfel EU-USA seine Auffassungen mitteilen und Einfluss auf dessen Tagesordnung nehmen sollte. Dazu müsse die nächste Sitzung in Wien weit vor dem Zeitpunkt des Gipfeltreffens angesetzt werden. Themen wie die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Pandemien oder die Wirtschaftsinitiative sollten im Vorfeld vorbereitet werden, und man sollte sich um eine bessere Zusammenarbeit mit den anderen transatlantischen Dialogen bemühen (insbesondere mit dem Transatlantischen Unternehmerdialog und dem Transatlantischen Verbraucherdialo). In der Zwischenzeit sollte der Austausch zu speziellen Themen über Videokonferenzen erfolgen. Man sollte die Möglichkeiten prüfen, auf der Transatlantischen Agenda aufzubauen und auf eine künftige Transatlantische Versammlung hinzuarbeiten.

Die *Delegation der USA* merkte an, dass auf ihrer Seite besser zwischen Mehrheits- und Minderheitsstandpunkten differenziert werden sollte und diese möglichst schon im Vorfeld zu definieren seien. Es wäre sinnvoll zu prüfen, wie der Unternehmenssektor und die Regierungen bei künftigen Vorhaben beteiligt werden könnten.

Die Zahl der Tagesordnungspunkte könnte etwas verringert werden, ebenso die für außenpolitische Themen wie Iran/Irak/Naher Osten vorgesehene Zeit.

Zur **Internetverwaltung** hob die *EP-Delegation* hervor, dass auf der Konferenz in Tunis zu den wichtigsten ausstehenden Fragen ein Kompromiss erreicht worden sei. Eine UNO-Arbeitsgruppe sei eingesetzt worden, und auf einer Konferenz 2006 in Athen werde dieser Bereich erneut überprüft. Durch das rasante Wachstum des Internets stünden nun Probleme wie die Bekämpfung von Betrugereien und Pädophilie auf der Tagesordnung, aber auch Fragen der politischen Kontrolle, die staatlicherseits über die den Bürgern zur Verfügung stehenden Informationen ausgeübt wird. Die Hauptzuständigkeit für die Verwaltung des Internets liege bei den USA, die auf „den UNO-Beirat hören sollten“.

Die *Delegation des US-Kongresses* schloss sich der Meinung an, dass die Internetverwaltung „logisch betrachtet“ zwar bei der UNO anzusiedeln sei, diese jedoch „eine demokratische Organisation mit undemokratischen Ländern“ sei.

Veränderungen am gegenwärtigen System müssten gut durchdacht werden, und man sollte vorsichtig zu Werke gehen. Ein Konsens sei erzielt worden, und eine längerfristige Übereinkunft sei denkbar.

Zur **UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt** erläuterte die *europäische Seite* die Hauptmerkmale der Konvention, die Zugang zu kulturellen Ausdrucksformen als Grundrecht definiert. Es werde nunmehr anerkannt, dass kulturelle Güter einen „dualen Charakter“ besitzen; außerdem seien in der Konvention Zielsetzungen für die Unterstützung von Entwicklungsländern beim Schutz ihrer kulturellen Identität niedergelegt und die Zusammenarbeit mit der UNCTAD in diesem Bereich definiert. Die USA könnten als

UNESCO-Mitglied diese Konvention nicht als „von außen aufgezwungen“ betrachten: Es bestünden zwar gewisse Überschneidungen mit der WTO, doch man könne Vielfalt schützen, ohne das multilaterale Handelssystem zu gefährden. In jedem Fall handele es sich nicht um eine Frage des geistigen Eigentums.

Die *US-amerikanische Seite* teilte diese Auffassungen nicht und erklärte insbesondere, dass dies ernsthafte Auswirkungen auf die WTO habe; deshalb sollten Verhandlungen auch im Rahmen der WTO stattfinden.

Ein Vorabpapier zu diesem Thema wäre recht nützlich gewesen; auch das Funktionieren des Freihandelsabkommens zwischen den USA und Kanada könnte im Hinblick auf diese Fragen überprüft werden.

Zum Punkt **Spezielle bilaterale Wirtschafts- und Handelsfragen** brachte die *europäische Delegation* das Millennium-Entwicklungsziel und Wege zum Erreichen der vereinbarten Zielsetzungen zur Sprache. Auch die Kontroversen im Zusammenhang mit Airbus und Boeing wurden angesprochen. Es wurde betont, dass eine einvernehmliche Lösung den Streitbeilegungsverfahren vorzuziehen sei.

Die *Delegation der USA* stimmte dem letzten Punkt zu und äußerte Bedenken im Hinblick auf die REACH-Bestimmungen, die sie als „überfrachtet“ und zu bürokratisch bezeichnete, insbesondere das Erfordernis einer regelmäßigen Erneuerung der Genehmigungen alle fünf Jahre.

o

o

o

Die Sitzungsleiter dankten den Teilnehmern für die Qualität und gute Atmosphäre des Dialogs und teilten mit, dass eine Erklärung der Vorsitzenden vereinbart wurde, in der die wichtigsten Schlussfolgerungen des Dialogs zusammengefasst und einige Anregungen für die Zukunft formuliert seien.

60th Meeting of the Transatlantic Legislators' Dialogue
European Parliament - United States Congress
Interparliamentary Meeting
London, 1-4 December 2005

Chairmens' Statement

Members of the European Parliament and the United States House of Representatives held the 60th interparliamentary meeting and Transatlantic Legislators' Dialogue in London, 1-4 December, 2005.

Our sessions were marked by lively, constructive discussions on a wide range of political and economic issues.

The participants discussed recent constitutional developments in Europe, the situation in the Middle East and in the Balkans, cooperation in prevention and assistance in case of catastrophes, the fight against terrorism, preparations for the WTO Ministerial conference, the UNESCO cultural diversity convention, and internet governance, as well as the overall EU-US relationship and the initiatives taken in view of the implementation of the June 2005 Summit.

A special "TLD workshop" on relations with China took place with the participation of experts from academia and think-tanks.

The Delegations confirmed the "Chairmens' statement" adopted in Washington on 27 June 2005.

In addition, the participants noted the work plan agreed on at the recent, first informal United States-European Union ministerial meeting on economic affairs. The activities foreseen would help solve many of the problems which the US and EU legislators have discussed over the years. Accordingly, at their next meeting, in early 2006, the delegates will review progress on selected aspects of the work plan. The delegations also plan to bring the results of the review to bear on related parliamentary instruments and to present their points of view in time to be considered by the 2006 US-EU summit.

Both Delegations agreed that, given recent natural catastrophes, the toll of HIV-AIDS and other infectious diseases, and the danger of pandemic influenza, enhanced international cooperation, especially between the EU and the US, constituted clear priorities.

The participants expressed their best wishes to their colleague, Representative Jo Ann Davis, Chairman of the American delegation, who was necessarily absent, due to health considerations, from their dialogue.

Jonathan Evans, MEP

Darrell Issa, MC

CR\600855DE.doc
Externe Übersetzung

12/21

PE 369.065

DE

Chairman
European Parliament Delegation

Acting Chairman
United States Delegation

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE UNITED STATES

TRANSATLANTIC LEGISLATORS' DIALOGUE

60th Meeting of Delegations

from the European Parliament and the United States Congress

London–1-4 December, 2005

Draft Agenda

1. Developments in Europe (including constitutional issues after referendums in France and the Netherlands)
2. Iran, Iraq, Middle East Peace Process
3. Cooperation in prevention and assistance in case of catastrophes, other environmental issues
4. TLD workshop on relations with China (see separate agenda)
5. Security and cooperation in fight against terrorism (including PNR, visas)
6. Preparations for the WTO Ministerial Conference in Hong Kong
7. The EU/US Relationship
 - Status of Summit initiatives, in particular regulatory and financial dialogues
 - Future of TLD
8. Internet governance
9. UNESCO Cultural Diversity Convention
10. Specific bilateral economic and trade issues

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE UNITED STATES

60th EP/US Congress Interparliamentary Meeting Transatlantic Legislators' Dialogue

1-4 December 2005

London

DRAFT PROGRAMME

Thursday, 1 December

Individual arrival of members and own arrangements for transport to hotel

*Thistle Charing Cross
The Strand
London, WC2N 5HX
Tel. : +44-870 333 9105
Fax: -44-870 333 9205*

16.40 Meet in the Hotel lobby and transport by bus to

17.00 Welcome by Mr Dermot Scott, Head of the European Parliament UK Office and
briefing by the European Commission

*European Parliament UK Office
2 Queen Anne's Gate
London SW1H 9AA
Tel: +44-20 7227 4300
Fax: +44-20 7227 4302*

18.00 Leave by bus for

18.30 Reception hosted by Minister of the US Embassy Mr David T. Johnson

*Wychwood House
1 Cottessmore Gardens
Kensington
London*

Friday, 2 December

9.00-12.30 **Working session I**
Thistle Charing Cross
Regency room

lunch Free for own arrangements

14.30-18.30 TLD Workshop
"Relations with China"
Thistle Charing Cross
Regency room

19.00 Reception hosted by European Parliament Delegation
Thistle Charing Cross
Watergate Room

Saturday, 3 December

09.00-12.30 **Working session II**
Thistle Charing Cross
Regency room

12.30 leave by bus for Tottenham stadium

12.30 leave by bus for Chelsea stadium

Upon arrival, hospitality by Football Premiership League

15.00-17.00 Football matches

Return by bus to *Thistle Charing Cross*

Evening free for own arrangements

Sunday, 4 December

9.00-11.00 **Working session III**
Thistle Charing Cross
Regency room

Individual Departures

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE UNITED STATES

60th EP/US Congress Interparliamentary Meeting Transatlantic Legislators Dialogue

1-4 December 2005, London

List of Members (22)

Mr EVANS Jonathan, Chairman	PPE-DE	United Kingdom
Mr HAMON Benoît, 1st Vice-Chair	PSE	France
Mr BARÓN CRESPO Enrique	PSE	Spain
Mr BRADBOURN Philip	PPE-DE	United Kingdom
Mr BROK Elmar	PPE-DE	Germany
Mr COVENEY Simon	PPE-DE	Ireland
Ms DESCAMPS Marie-Hélène	PPE-DE	France
Mr ELLES James	PPE-DE	United Kingdom
Mr GIERTYCH Maciej Marian	IND/DEM	Poland
Ms GOMES Ana Maria	PSE	Portugal
Mr GUARDANS CAMBÓ Ignasi	ALDE	Spain
Mr KUHNE Helmut	PSE	Germany
Ms LUCAS Caroline	Verts/ALE	United Kingdom
Baroness LUDFORD Sarah	ALDE	United Kingdom
Ms MANN Erika	PSE	Germany
Mr NICHOLSON James	PPE-DE	United Kingdom
Ms OOMEN-RUIJTEN Ria	PPE-DE	Netherlands
Mr PINIOR Józef	PSE	Poland
Mr ROMEVA i RUEDA Raül	Verts/ALE	Spain
Mr RÛBIG Paul	PPE-DE	Austria
Mr SKINNER Peter	PSE	United Kingdom
Mr SUMBERG David	PPE-DE	United Kingdom

PPE-DE	Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats
PSE	Socialist Group in the European Parliament
ALDE	Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe
Verts/ALE	Group of the Greens/European Free Alliance
IND/DEM	Independence/Democracy Group
UEN	Union for Europe of the Nations Group

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE UNITED STATES

60th EP/US Congress Interparliamentary Meeting Transatlantic Legislators Dialogue

1-4 December 2005, London

List of Staff

Secretariat, Interparliamentary Delegations DG III (7)

Mr NICKEL Dietmar	Director General DGIII
Mr CHICCO Carlo	Administrator, Delegations
Ms OPACIC Rosemary	Administrator, Foreign Affairs Committee
Mr CASTRO Pelayo	Administrator, Internal Trade Committee
Mr SCHULZ Stefan	Administrator, Policy Unit
Ms SCHWENDENWEIN Claudia	Administrative Assistant
Ms SIEGISMUND Claudia	Secretary

Political Groups (5)

Mr KROEGEL Werner	PPE-DE
Mr REED Derek	PSE
Mr CHADWICK Roger	ELDR
Mr BARRETT Frank	UEN
Mr VAN SCHOTHORST Henk-Jan	IND/DEM

Interpreters (4)

Ms JOOSTENS Françoise	French booth, team leader
Mr WUNSCH Jean-Louis	French booth
Ms BEDDOWS Amanda	English booth
Mr MARSON Andrew	English booth

European Commission Delegation (3)

Mr WRIGHT Richard	Director, DG RELEX
CR\600855DE.doc	18/21
Externe Übersetzung	

PE 369.065

DE

Mr WIEGAND Gunnar
Mr WHITEMAN Robert

Head of Unit, DG RELEX
Congressional and Parliamentary Liaison
EU Delegation, Washington, DC

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE UNITED STATES

60th EP/US Congress Interparliamentary Meeting Transatlantic Legislators' Dialogue

1-4 December 2005

London

Members of Congress:

Rep. Darrell Issa (R-CA), Chair

Kathy Issa

Rep. Eliot Engel (D-NY), Vice-Chair

Rep. Gary Ackerman (D-NY)

Rita Ackerman

Rep. Cliff Stearns (R-FL)

Joan Stearns

Rep. Silvestre Reyes (D-TX)

Carolina Reyes

Rep. Thaddeus McCotter (R-MI)

Rita McCotter

Rep. Candice Miller (R-MI)

Judge Donald Miller

Staff:

Mr Hillel Weinberg, Senior Professional Staff Member and Counsel, HIRC

(also serves as Secretary, U.S. TLD delegation)

Mr Jason Steinbaum, Professional Staff Member, HIRC

Mr Patrick Prisco, Professional Staff Member, Subcommittee on Europe and Emerging Threats, HIRC

Mr Dennis Halpin, Professional Staff Member, HIRC

Ms Paige Anderson, Professional Staff Member, HIRC

Mr Larry Brady, Staff Director, Subcommittee on Energy and Resources, Gov't Reform

Mr Fredrick Hill, Professional Staff Member, Gov't Reform

Mr Laurent Crenshaw, Professional Staff Member, HIRC

Mr Mark Anderson, Senior Policy Analyst, Office of the Majority whip

Ms Laura Rush, Professional Staff Member/Security Officer, HIRC

Ms Candace Abbey, Professional Staff Member, HIRC

Ms Linda Solomon, Protocol Officer, HIRC

Mr Rick Stubner, Physician

Military:

Col. Richard Simcock, USMC

Ssgt. Ramses Sypres, Marine Escort

Maj. Gerald Thomas, Marine Escort

Lt. Jennifer Navaro, Military Escort

LtCol. David Gursein, EUCOM Liaison

American Embassy:

H.E. Robert Holmes Tuttle, American Ambassador in London

Todd Huizinga, First Secretary US Mission to the EU in Brussels